

KURZPOSITION

Europäische Industriestrategie

Die EU-Kommission hat am 10. März 2020 ein industriepolitisches Paket mit einer Industriestrategie als Teil des europäischen Grünen Deals vorgelegt. Damit beschreibt die EU-Kommission, wie sie die europäische Industrie beim Übergang zu Klimaneutralität und Digitalisierung umfassend unterstützen will. Die WVMetalle befürwortet den umfassenden Ansatz der Kommission. Bei Maßnahmen, welche die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrien erhalten, sollte zwingend nachgebessert werden.

Mit der Industriestrategie beabsichtigt die EU-Kommission die EU-Wettbewerbsvorschriften und die Auswirkungen ausländischer Subventionen im EU-Binnenmarkt zu überprüfen. Globale wirtschaftliche Abhängigkeiten sollen abgebaut, geistiges Eigentum besser geschützt, nachhaltige und intelligente Mobilität gefördert sowie Allianzen für sauberen Wasserstoff, emissionsarme Industrien und für Rohstoffe ins Leben gerufen werden.

Die WVMetalle unterstützt den umfassenden politischen Ansatz, um Arbeitsplätze, Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit am Industriestandort Europa zu erhalten. Dies gilt für die Themen Rohstoffpolitik, Kreislaufwirtschaft, Innovationen, Cybersicherheit und internationale Handelspolitik. Auch für die bessere Umsetzung des EU-Binnenmarktes und der Unterstützung der KMU, hat die EU-Kommission einige unterstützenswerte Vorschläge vorgestellt.

Aus Sicht der deutschen NE-Metallindustrie reichen jedoch die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht aus, um die globale Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie zu wahren, europäische Wertschöpfungsketten zu erhalten und die digitalen und grünen Transformationsprozesse zu unterstützen. Zwar gibt es ein Bekenntnis der EU-Kommission zur sicheren und ausreichenden Versorgung mit kohlenstoffarmer Energie und Rohstoffen zu wettbewerbsfähigen Preisen, allerdings fehlen hierzu folgende entscheidende Maßnahmen:

1. Europäische Wertschöpfungsketten erhalten

- Die WVMetalle fordert, dass weitere Maßnahmen getroffen werden, die dafür sorgen, dass europäische Wertschöpfungsketten erhalten bleiben. Gerade in Anbetracht der aktuellen Lage (COVID-19) ist es besonders wichtig, europäische Wertschöpfketten zu erhalten bzw. wiederaufzubauen. Dies geht nur mit global wettbewerbsfähigen und innovativen Unternehmen in der EU.
- Überdies muss die EU-Kommission dafür Sorge tragen, dass dieselben Standards und Spielregeln für alle Marktakteure gelten, auch für die außereuropäische Konkurrenz. Das gilt vor allem für den Bezug für Sorgfaltspflichten beim Bezug von Rohstoffen und dem fairen Handel. Für die europäischen Firmen ist dabei ein Level-Playing-Field von elementarer Wichtigkeit und kann die Wertschöpfungsketten in Europa stärken.

2. Kein Grenzausgleichsmechanismus (GAM) als Ersatz für Carbon Leakage Schutz

- Durch die Einführung eines GAM darf nicht der bestehende Carbon-Leakage-Schutz verringert, geschweige denn abgeschafft, werden. Denn ein geringerer Carbon-Leakage-Schutz bindet Kapital in erheblichen Umfang, da die Produktionskosten erhöht werden, weshalb es für jeden Unternehmer attraktiver, zu niedrigen Kosten in einem Drittstaat zu produzieren und bei Einfuhren in die EU eine Zusatzzahlung zu tätigen als zu äußerst hohen laufenden Kosten in der EU zu produzieren und für seine Exporte eine Zahlung zu erhalten.
- Zudem hat eine mit den Regeln der WTO kompatible Ausgestaltung hohe Hürden zu nehmen und erfordert eine umfassende Datenbasis für viele Produkte im In- und Ausland. Darüber hinaus kann ein immenser volkswirtschaftlicher Schaden durch potenzielle Retorsionsmaßnahmen von Drittstaaten entstehen.

3. Überarbeitung des EU-Beihilferechts

- Was das Beihilferecht betrifft, so sollte es den Ausgleich von Mehrbelastungen, die für Unternehmen durch eine CO₂-Bepreisung entstehen, vollumfänglich gewährleisten. In einem ersten Schritt darf die Liste der beihilfeberechtigten Sektoren nicht gekürzt werden. Strom ist der Energieträger des Green Deal. Daher brauchen stromintensive Sektoren ausreichend Planungssicherheit für ihre Produktion und Investitionen in neue Anlagen.

4. Einführung eines EU-Industriestrompreises

- Wettbewerbsfähige Strompreise sind ein unerlässlicher Standortfaktor. Deshalb fordert die WVMetalle die Einführung eines europäischen Industriestrompreises. Nur so kann dauerhaft Carbon-Leakage, also das Abwandern industrieller Produktion in Länder mit weniger strengen CO₂-Emissionvorgaben, verhindert und die industrielle Wertschöpfung in Europa gesichert werden.
- Diese Maßnahme schafft zudem starke Anreize, emissionsintensive Prozesse in stromintensive umzuwandeln. Dies ist unerlässlich für das Erreichen der EU-Klimaziele. Ein europäischer Industriestrompreis kann dies leisten und schafft zudem einen sicheren Investitionsrahmen für energieintensive Unternehmen im internationalen Wettbewerb.

5. Der Zugang zu primären als auch zu sekundären Rohstoffen muss verbessert werden.

- Dazu gehören die Erleichterung des Transports von metallhaltigen Vorstoffen innerhalb der EU sowie die weitere Bekämpfung illegaler Abfallexporte aus der EU. Das Aufkommen an Recyclingmaterial kann durch mehr „Design for Recycling“ und die Verwendung von Materialien mit mehrfachem Recyclingpotential, wie es bereits die EU-Abfallrahmenrichtlinie fordert, erhöht werden. Die Einstufung von Abfällen als gefährlich durch neue Anforderungen des Stoff- und Chemikalienrechts allein in der EU führt zur Verzerrung von Stoffströmen zulasten europäischer Unternehmen. Hier könnte an die Gründung eines „Runden Tisches Recycling“ gedacht werden, bei dem diese Themen auf EU-Ebene adressiert und besser akzentuiert werden könnten.
- Überdies ist zu prüfen, inwiefern die EU eine strategische Rohstoffreserve bilden sollte bzw. eine staatliche Rohstoffagentur nach dem Vorbild Südkoreas zu erschaffen. Diese sollte im ersten Schritt in einer Studie untersucht werden. Letztlich muss sich die EU auf allen Ebenen (G7, G20, WTO, OECD) für die Abschaffung von Handelsverzerrungen im Rohstoffbereich einsetzen, diese Restriktionen sind in den letzten Jahren auf fast 900 Maßnahmen gestiegen.

Wir fordern daher die die EU-Kommission auf, die europäische Industriestrategie vom 10. März 2020 um die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen zu erweitern und bitten die Bundesregierung sich insbesondere während der deutschen Ratspräsidentschaft für unsere Forderungen einzusetzen.

FORDERUNGEN ZUR EU-INDUSTRIESTRATEGIE

Es müssen weitere Maßnahmen zum Erhalt europäischer Wertschöpfungsketten getroffen werden. Für alle Marktakteure müssen dieselben Standards und Spielregeln gelten.

Die Einführung eines CO₂-Grenzausgleichsmechanismus darf nicht den schon in der EU bestehenden Carbon-Leakage-Schutz verringern.

Das EU-Beihilferecht muss so überarbeitet und erweitert werden, dass Mehrbelastungen, die für Unternehmen durch eine CO₂-Bepreisung entstehen, ausgeglichen werden.

Die Einführung EU-Industriestrompreis sorgt für globale Wettbewerbsfähigkeit und ist unerlässlich für das Erreichen der EU-Klimaziele.

Der Zugang zu Primär- und Sekundärrohstoffen muss weiter verbessert werden, indem das Prinzip „Design for Recycling“ gestärkt und die Abschaffung von Handelsverzerrungen bei Rohstoffen verfolgt wird.

Brüssel, den 06. April 2020

Kontakt:

Tobias Schäfer

Leiter Europapolitik

Telefon: (+32) 02 502 1988

E-Mail: schaefer@wvmetalle.de

Wirtschaftsvereinigung Metalle, Rue Marie de Bourgogne 58, 1000 Brüssel, Belgien